

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Niederschrift

Gremium:	Hauptausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 29.01.2014
Sitzungsdauer:	19:00 - 20:38
Sitzungsort:	Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung

Vorsitzender

Protokollführer

Anwesend:

Mitglieder

Frau Edith Braun
Herr Marcus Graubner
Herr Hans-Peter Gürnth
Frau Carola Lau
Herr Michael Nagler
Herr Karl-Heinz Papenbroock
Herr Bodo Strube
Herr Daniel Wegener

Ortsbürgermeister

Herr Gerhard Borstell
Frau Rita Platte
Herr Klaus Spötter
Herr Hartmut Valentin

Abwesend:

Bürgermeister/in

Frau Birgit Schäfer

Mitglieder

Herr Thomas Kruse

Ortsbürgermeister

Herr Heinz Ahrndt
Herr Dieter Bartoschewski
Frau Elke Behrens
Herr Detlef Braune
Herr Volker Dabitz
Frau Petra Fischer
Frau Ramona Hoffmann
Herr Detlef Radke
Herr Hans-Jürgen Radtke
Herr Jörg Rudowski (alt)
Herr Jürgen Schröder
Herr Steffen Volkstedt

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 29.01.2014, 19:00 Uhr im Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte.

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung
3. Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.12.2013
4. Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Ausführung gefasster Beschlüsse
5. Billigungsbeschluss über den Vorentwurf und die frühzeitige Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 01/2013- Elversdorf 055/2014
6. Billigungsbeschluss zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Ortschaft Demker im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs.3 BauGB, im Zuge der frühzeitigen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 01/2013-Elversdorf 056/2014
7. Beschluss zum Programmjahr 2014 - Aufnahmeantrag für das Bundesprogramm "Stadtumbau- Ost" Stadt Tangerhütte 057/2014
8. Beschluss zum Programmjahr 2014-Aufnahme für das Bundesprogramm "Kleine Städte und Gemeinden" 058/2014
9. Mitteilung zur Eilentscheidung des Stellvertretenden Bürgermeisters-Vergabe Auftrag zur Erarbeitung einer Studie zur weiteren Nutzung des Kulturhauses Tangerhütte 060/2014
10. Informationen der stellv. Ausschussvorsitzenden
11. Anfragen und Anregungen
16. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
17. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
18. Schließen der Sitzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die stellv. Ausschussvorsitzende **Frau Lau** eröffnet die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Vergabeausschusses und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Ortsbürgermeister, die Mitarbeiter des Amtes, der Presse und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Frau Lau fragt, ob es Zusätze zur Tagesordnung gibt. **Herr Graubner** möchte sich im Namen seiner Fraktion zu einem Artikel äußern, der am Sonnabend in der Presse stand und die abwesende Bürgermeisterin Frau Schäfer betrifft. Sie hat den öffentlichen Weg gewählt und da möchte er im Namen seiner Fraktion auch öffentlich antworten. Er möchte wissen, in welchem Punkt dies zugelassen wird. **Frau Lau** antwortet, im Punkt 11 - Anfragen und Anregungen. Weitere Zusätze gibt es nicht. Die Tagesordnung wird festgestellt.

zu 3 Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.12.2013

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.12.2013 wird festgestellt.

zu 4 Bericht der Ausschussvorsitzenden über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Frau Lau ruft den TOP auf und übergibt das Wort an **Herrn Gruber**. Dieser stellt fest, dass im letzten HA keine Beschlüsse gefasst wurden.

**zu 5 Billigungsbeschluss über den Vorentwurf und die frühzeitige Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 01/2013- Elversdorf
Vorlage: 055/2014**

Herr Gruber informiert, dass sowohl der TOP 5 als auch der TOP 6 schon im BA auf der Tagesordnung standen. Herr Klicker von der Ifu GmbH ist anwesend, der im Auftrag des Antragstellers agiert. Im BA wurden schon redaktionelle Sachen durchgesprochen. Diese werden jetzt über- und entsprechend eingearbeitet und liegen dann im SR vor. Er bittet jetzt Herrn Klicker und Herrn Valentin um kurze Ausführungen.

Herr Klicker bedankt sich für die Einladung. Es geht um das Vorhaben - Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage im Ortsteil Elversdorf und zwar im Außenbereich des Innenbereiches im westlichen Teil, also auf der Zufahrt nach Elversdorf. Es handelt sich um eine Konversionsfläche (ehemaliger LPG-Hof mit Eintragung von Altlasten, diese sind lt. LK nicht dramatisch). Zusätzlich kommt auf das Grundstück an der Straße noch eine Trafostation.

Frau Lau bedankt sich für die Ausführungen und übergibt das Wort an Herrn Valentin, Vorsitzender des Bauausschusses.

Herr Valentin berichtet über die Ergebnisse des Bauausschusses. Ein großer Teil, der heute Anwesenden war auch im BA. Die Hinweise, die im BA gegeben wurden, sind durch Herrn Klicker beantwortet worden bzw. werden in die Vorlage für den SR eingearbeitet. Der BA hat einstimmig dieser Beschlussvorlage zugestimmt.

Frau Lau bittet jetzt um Zustimmung zu diesem Beschluss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0 Enth. 0

zu 6 Billigungsbeschluss zur 2.Änderung des Flächennutzungsplanes der Ortschaft Demker im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs.3 BauGB, im Zuge der frühzeitigen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.

01/2013-Elversdorf
Vorlage: 056/2014

Herr Gruber erläutert kurz. Herr Klicker hat bereits gesagt, dass es sich um einen Außenbereich im Innenbereich handelt. Das ist ein Spezifikum, d.h. von der Größe her wäre es eigentlich ein Außenbereich, liegt aber im Innenbereich, weil es innerhalb der Bebauung ist. Deshalb muss der vorhabenbezogene Bebauungsplan erstellt und der Flächennutzungsplan geändert werden. Es soll dann als Sondergebiet Photovoltaik ausgewiesen werden.

Herr Valentin kann dem nichts weiter hinzufügen. Auch dieser Beschlussvorlage wurde durch dem BA einstimmig zugestimmt.

Frau Lau bittet um Zustimmung zu diesem Beschluss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0 Enth. 0

zu 7 Beschluss zum Programmjahr 2014 - Aufnahmeantrag für das Bundesprogramm "Stadtumbau- Ost" Stadt Tangerhütte
Vorlage: 057/2014

Herr Gruber erläutert, dass mit diesem Antrag versucht werden soll, die Fortführung eines nicht mehr vorhandenen Förderungsprogrammes durch ein anderes Programm zu ersetzen. Früher gab es ein Landesprogramm für die Sanierung des ländlichen Bereiches. Dieses ist seit 2 Jahren nicht mehr aufgestellt worden. Wir versuchen jetzt im Programm „Stadtumbau-Ost“ Fuß zu fassen, vor allem um die Maßnahme August-Bebel-Straße endlich fortzuführen zu können und weitere Maßnahmen, die für die Jahre 2017 und 2018 vorgesehen sind. Die die Jahre davor werden wir ansparen. Das hat er im BA auch finanziell untersetzt, so dass der Eigenmittelanteil auch realisiert werden kann. Basis ist das HKK der EG. Wir werden hier in die Lage versetzt 615.000 € für die Sanierung des Bereiches Sanierungsgebiet „Tangerhütte Nordost“ einzusetzen.

Herr Valentin sagt, dass auch dieses Projekt im BA besprochen wurde. Es wurden mehrere Varianten diskutiert, wir haben uns die Investitionen bzw. die Gesamtinvestition hierzu angehört. Herr Gruber hat eindeutig dargelegt, dass diese Maßnahme auch mit dem Eigenanteil zu sichern ist. Demzufolge erfolgte durch den BA die eindeutige Empfehlung an den SR dieser Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Graubner freut sich, dass der BA so entschieden hat und hofft, dass der SR dieser Empfehlung folgt und diese Beschlussvorlage beschließt. Er sagt, dass er das aus dem Grund sagt, weil er Fastanwohner der August-Bebel-Straße ist. Er war mit dem Bürgermeister Borstell im Rathaus als Minister Daehre (schon einige Jahre her, 2004 oder 05) wo es schon einmal um diese Straße ging. Wenn wir es mit Hilfe dieses Programmes vielleicht Stück um Stück schaffen, die Straße fertig zu stellen, wäre er sehr froh.

Herr Nagler möchte wissen, ob das die Eigenmittel für den gesamten Zeitraum 2014 – 2018 sind. Das bestätigen **Herr Gruber und Frau Bierstedt**.

Herr Gruber ergänzt. Der Antrag muss bis zum Freitag gestellt werden. Der Beschluss steht turnusmäßig erst auf der TO des Stadtrates am 12.02.14. Wir hatten uns ja so verständigt, dass der stellv. Bürgermeister (und nicht die Bürgermeisterin) den Antrag schon formuliert, unterschreibt und erst einmal beim Ministerium einreicht, damit die Sache ins Laufen kommt. Wenn wir Probleme bei der Finanzierung sehen, können wir den Antrag natürlich noch zurückziehen.

Herr Gürnth hat noch eine konkrete Frage zur Größenordnung – 205.000 €

Herr Gruber antwortet, wir haben in den Jahren 2017 und 18 nochmal 62.000 € Eigenmittel, der Rest ist Ansparung aus den Vorjahren.

Weitere Nachfragen gibt es nicht.

Frau Lau bittet um Zustimmung zu diesem Beschluss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Frau Lau stellt fest, dass der HA hier dem BA folgt. Das ist ein klares Signal, dass der stellv. Bürgermeister die Unterschrift setzen kann.

einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0 Enth. 0

**zu 8 Beschluss zum Programmjahr 2014-Aufnahme für das Bundesprogramm
"Kleine Städte und Gemeinden"
Vorlage: 058/2014**

Herr Gruber erläutert, dass dieses Bundesprogramm zum ersten Mal (er hatte das schon mal kurz im SR angedeutet) genutzt werden soll. Dafür benötigt man ein klares Konzept. Es handelt sich um ein städtebauliches Programm, das mit einer 2/3 Förderung realisiert werden kann. Dazu gehören bei der Antragstellung 50.000 € Eigenmittel, die restlichen 100.000 € sind dann Fördermittel. Die Realisierung erfolgt durch Mittel im HH 2013 und 2014 (Eigenmittelbereitstellung und zum Teil wird daraus diese Studie bezahlt, die wir jetzt haben sowie die ersten Maßnahmen). Wir versuchen auch eine Finanzierung der Maßnahmen für unser Kulturhaus hin zu bekommen. Das wäre ein Einstieg in ein Programm, wo wir für die eigentliche Ortschaft Tangerhütte und die EG versuchen, einen Fuß in die Tür zu bekommen, um dort auch weiter agieren zu können. Der Inhalt der Studie ist in der Mitteilungsvorlage anhängig. Das wird in groben Zügen auch erst einmal das Konzept sein.

Herr Valentin sagt, dass der BA hier ebenfalls zugestimmt hat. Er denkt, dass der SR auch dementsprechend folgen wird.

Frau Braun möchte noch einmal auf einen Punkt hinweisen, weil der jetzt nicht erwähnt wurde. Sie denkt schon, dass es erwähnenswert ist, dass sich Stadträte auf den Weg gemacht haben, um hier Lösungen zu finden, in Form von Fördermittelabfragen und weitere Initiativen entwickelt haben. Sie

findet, dass es sich auch gehört dies mal zur Gesamtsituation zu erwähnen, weil es dieses Programm ja schon länger gibt. Man hätte dieses Programm eigentlich in der Verwaltung auch kennen müssen. Es wird zwar selten benutzt, aber wir suchen ja schon Tag für Tag nach Fördermöglichkeiten, nicht nur für das Kulturhaus, sondern auch für unsere Kindertageseinrichtungen, für unsere Schulen. Es gibt auch eine Abfrage und da hat sie sich in der letzten Woche sehr ärgern müssen. Im BA hat sie die Frage danach auch schon gestellt, da wurde verneint. Als sie am nächsten Tag nochmal mit dem Land darüber gesprochen hat (Frau Lau unterbricht und will wissen, ob es jetzt um diesen Beschluss geht; Frau Braun bejaht das), stellte sie fest, dass es immer Programme gibt, die wir nicht ausschöpfen, obwohl wir im defizitären HH sind. Wir machen einfach auf diesem Gebiet zu wenig.

Frau Lau unterbricht nochmal und möchte wissen, ob es um diesen Beschluss geht, oder darum, ob es woanders auch noch Fördermittel gibt.

Das verneint **Frau Braun**. Es geht darum, zu sagen, dass dieser Beschluss auf die Initiative von Stadträten auf die TO gekommen ist.

Herr Gruber hat noch eine Ergänzung. Diese Bund-Länder-Vereinbarungen für die Bereitstellung von Bundesmitteln für den Landes-HH (Drittelerung der Kosten zwischen Bund, Land und Kommune) müssen natürlich im Vorfeld unterschrieben werden. Dazu gehört auch das Programm „Kleine Städte und Gemeinden“. Ob diese Programme in der Art und Weise weitergeführt werden ist noch ein großes Fragezeichen. Die Stadträte, die mit zu der Beratung waren, haben das auch eindeutig erkannt. Das war der erste Satz von Herrn Söchtig, der sagte, dass hier noch nicht geklärt ist, wie hier die Finanzierung erfolgen kann.

Frau Braun wirft ein, dass das unerheblich ist. Versuchen muss man die Antragstellung doch.

Frau Lau bitte jetzt um Zustimmung zu diesem Beschluss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen; Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig beschlossen Ja 9 Nein 0 Enth. 0

**zu 9 Mitteilung zur Eilentscheidung des Stellvertretenden Bürgermeisters-
Vergabe Auftrag zur Erarbeitung einer Studie zur weiteren Nutzung des Kulturhauses Tangerhütte
Vorlage: 060/2014**

Herr Gruber informiert, dass es sich hier um eine Mitteilungsvorlage handelt. Der Beschluss ist durch ihn schon gefasst worden. Es geht um einen Auftrag zur Erarbeitung einer Studie zur weiteren Nutzung des Kulturhauses Tangerhütte. Der Inhalt der Studie ist aus der Anlage ersichtbar. Er hat nochmal mit Dr. Richter, als Planer, gesprochen. Er denkt, dass die Studie in der nächsten Woche fertig ist.

Herr Grubner hat eine Frage, die auch schon im BA eine Rolle gespielt hat. Wir hatten uns ja zu dieser Studie verständigt, aber Termin 31.01.14 stand ja.. Die Studie, die eigentlich Grundlage sein und dem Antrag beigefügt werden sollte, ist noch nicht fertig.

Herr Gruber antwortet, diese Studie nicht beigefügt sein muss, sie kann nachgereicht werden.

Auch eine Studie kostet ja Geld sagt **Herr Grubner**. Er möchte wissen, woran es gelegen hat, dass diese Studie erst jetzt fertig wird.

Herr Gruber antwortet, dass er an Dr. Richter herangetreten ist und ihn gebeten hat eine andere wichtige Aufgabe (die nach seiner Meinung noch wichtiger ist als diese) sofort in Auftrag zu nehmen, damit dort auch eine fristgerechte Antragstellung erfolgen kann. Es ging um Maßnahmen, die für die EG von perspektivischer Bedeutung sind.

Herr Grubner sagt, in der Altmarkzeitung stand – „jetzt auch noch ein Dachschaden“, was sich auf die Dachreparaturen bezogen hat.. Er sagt weiterhin, „wir stehen hinter Euch, mit allem was Ihr tut“. Trotzdem noch einmal, auch wenn die Studie da ist, möchte er anmahnen, wir wollten nicht nur eine Studie sondern ein richtiges Konzept.

Frau Braun bittet darum, dass die Vorsitzende sagt, dass nicht immer gequatscht wird.

Herr Borstell möchte noch ergänzend etwas sagen. Es geht nicht nur um das Kulturhaus, sondern um das Programm „Kleine Städte und Gemeinden“. Den Inhalt hat Herr Gnauert im Kulturausschuss schon einmal erläutert. Es geht um ein Gebiet (nicht nur um Kulturhaus), welches man darstellen muss und um Maßnahmen zur Daseinsvorsorge. Das ist dann doch ein Antrag, der noch in allen Ausschüssen besprochen werden muss. Da es um ein ganzes Gebiet geht, muss man das auch in Ruhe erarbeiten. Die Studie ist Grundlage für die weiteren Entscheidungen.

Herr Gruber betont, wenn wir in diesem Programm Fuß fassen, haben wir viel erreicht.

Herr Nagler möchte noch etwas zum Inhalt der Studie wissen und zwar, ob diese die Grundlage für die Antragstellung ist.

Herr Gruber, es ist eine Entscheidungshilfe, damit wir wissen, wie wir perspektivisch mit dem Kulturhaus umgehen können und müssen.

Herr Nagler - und wir geben bestimmte Vorgaben. Das wird bestätigt.

Weitere Fragen gibt es zu diesem TOP nicht.

zur Kenntnis genommen

zu 10 Informationen der stellv. Ausschussvorsitzenden

Frau Lau ruft den TOP 10 und übergibt das Wort an **Herrn Gruber**. Dieser informiert, dass heute eine Beratung bezüglich des Haushaltes - Erfahrungen aus 2013 perspektivisch 2014 - stattgefunden

den hat. Leider haben wir im Moment noch keinen HH für 2014, das bedeutet wir haben noch die vorläufige HH-führung, d.h. nur unabweisbare Ausgaben sind zu tätigen. Die Ansprüche, die gegenüber der Aufsichtsbehörde vorgetragen wurden, sind nicht unerheblich, wir hatten da schon eine Diskussion heute Morgen und waren uns einig, dass wir letztendlich Schwierigkeiten haben, auch gegenüber unserer Bevölkerung, bestimmte Sachen so gravierend einzuschränken, wie es notwendig wäre. Das ist nicht in jedem Fall möglich und bedarf einer konsequenten Prüfung. Wir versuchen unser Bestes. Im Verhältnis zu den Vorjahren sind wir schon an einem bestimmten Stand angekommen, wo wir eine positive Zwischenbilanz ziehen können, aber längst noch nicht an dem Punkt, wo wir sagen können, wir sind dort, wie es von den kommunalaufsichtlichen Behörden gern gesehen würde. Diese Beratung war sehr emotional. Er musste zeitweise schon beschwichtigen damit die Sache nicht entgleist, aber seiner Meinung nach war es auch notwendig mal darüber zu sprechen. Der LK hat dies zum ersten Mal so gemacht. Wir haben uns auch über die ungünstige Zeit der Beratung ausgetauscht. Der zuständige Mitarbeiter aus dem IM hat dann gesagt, er würde das dann auch lieber auf einen anderen Zeitpunkt legen als morgens um 9.00 Uhr.

Herr Graubner möchte noch ergänzen. Auch er hat an dieser Veranstaltung teilgenommen. Er hatte jetzt ein paar Stunden Zeit sich zu beruhigen, aber es ist ihm noch nicht gelungen. Als erstes möchte er festhalten, dass er es gut findet, dass die Aufsichtsbehörden mit uns sprechen. Wir wollten eigentlich erreichen, dass wir gemeinsam Linien abklopfen, wo die Reise hingehen soll und was ableistbar ist. Zu diesem Gespräch ist es nicht wirklich gekommen, sondern wir haben uns zunehmend als Stadträte in der Defensive gesehen, weil hier eine Power Point Präsentation gelaufen ist, wo uns Punkt für Punkt vorgehalten wurde, wo wir zu teuer sind, was wir uns leisten können. Er hat zusammenfassend gesagt, es ist aus aufsichtsbehördlicher Sicht sicherlich richtig, dass man uns auf Dinge hinweist. Aber in der Gesprächsrunde sind auch Wege angekündigt worden, die uns helfen sollen aus dieser Situation rauszukommen und das ist bei diesem Termin nicht geschehen. Das fand er sehr bedauerlich, weil auch Vertreter des IM zugegen waren. Uns wurde gleich gesagt, wir bringen kein Geld. Er denkt, den Teilnehmern der Runde war dies klar, aber was dann kam. Es ist nie gesagt worden, ihr müsst jetzt das Kulturhaus schließen, aber die Tendenz, die Hinweise, die kamen. Die gingen sogar bis zum Straßenlicht (brennt aus Sicht der Behörde zu lange). Wir haben gesagt, etwas zu machen ist eins, politische Verantwortung zu übernehmen ist das Andere. Die Behörden, die waren um 12.00 Uhr wieder weg, aber wir müssen das, was hier am Tisch beschlossen wird für die nächsten Jahre verantworten und das, obwohl wir noch keine einzige HH-Zahl hier wirklich diskutiert haben. Es kamen Vorschläge des Sparens (immer nett verpackt), es kam immer eine gewisse Tendenz, das es zu teuer ist.. Wenn wir das wirklich in aller Konsequenz durchziehen würden, dann weiß er nicht wie die Qualität des Lebens in der EG Tangerhütte noch gehalten werden soll. Er hat mal das Beispiel Bauhof, der ist zu teuer. Aber Bauhof heißt auch Straßen. Der Winter ist jetzt da. Wir haben gemeinsam hier am Tisch beschlossen, die Hauptstraßen werden gemacht. Aber wir haben auch andere Straßen und obwohl wir schon sparen, wird immer noch gesagt, zu teuer. Das heißt, nächstes Mal reicht es dann nicht mehr, noch nicht mal für die Hauptstraßen. Wenn wir so weit kommen hat das mit Verantwortung nichts mehr zu tun. Eine zweite Sache möchte er noch sagen, und da sind wir uns einig gewesen, KiFöG. Das Land hat ein Gesetz beschlossen und wir als Tangerhütte haben gemeinsam mit den Elternkuratorien um Lösungen gerungen. Wir haben den entsprechenden Beschluss gefasst, geltend ab 01.08.2013. Dazu ist uns gesagt worden, dass ist zu teuer, ab Januar 2014 hätte auch gereicht. Es wurde zwar nicht gesagt, dass müsst ihr tun, aber Tendenzen wurden aufgezeigt. Er hat versucht sich zu beruhigen und hat auch den Leuten, die uns gesagt haben, wir möchten darüber nachdenken, ob man ein Haus wie das Kulturhaus, die Dorfgemeinschaftshäuser (alle) braucht, gesagt, dass wir ja dazu gesagt haben. Da müssen wir gemeinsam stark sein, auch wenn wir manchmal Differenzen haben. Wir müssen uns gegen Tendenzen, die uns aus finanztechnischer Sicht den Hals abdrehen, wehren. Wenn wir diese durchsetzen haben wir zwar einen ausgeglichenen Haushalt, aber keine Menschen mehr, die hier wohnen wollen.

Frau Platte bedankt sich für diese Ausführungen. Es war ja zu erwarten, dass die Damen und Herren so reagieren. Die betrachten uns ja leider nur als Rechenaufgabe. Es wissen alle, was wir für Schulden haben und wenn man die rigoros beseitigen möchte, dann geht das nicht mal durch dras-

tische Erhöhungen der Steuereinnahmen, das ginge vielleicht durch Personalabbau, weil die Personalkosten der größte Brocken ist, aber dann sind keine Leute mehr da, die die Arbeit machen. Das Land hat diese Situation in erster Linie herbeigeführt. Einmal das KiFöG, aus ihrer Sicht unnötig und zweitens durch die drastische Verminderung der Zuweisungen. Wenn man das als reine Rechenaufgabe betrachtet, können das die Kommunen nicht leisten. Wir hier in unserer Ecke mit wenig Gewerbe, da kann man machen, was man will. Was bringt Wirtschaftsförderung dann großartig. Wir können nicht mit Gegenden wie Barleben, Arneburg verglichen werden. Sie findet es sehr gut, dass Herr Graubner gesagt hat, wir müssen alle zusammen was machen. Man müsste dem IM wirklich mal sagen bis hierher und nicht weiter (Bsp. Straßennamen). Wir machen das nicht mit, dann muss es angeordnet werden. Hinterher sagen sie uns, ihr habt es doch beschlossen und es freiwillig getan. Das wird den Bürgern dann auch noch so verkauft.

Frau Braun schließt sich den Worten ihrer Vorredner an. Sie stellt fest, dass es noch eine weitere Runde, ab 18.00 Uhr, mit dem Landrat und der Kommunalaufsicht (Frau Fürstenberg) gab. Dort haben Herr Graubner und Herr Strube schon die Auswertung von heute Morgen gemacht. Sie möchte in dieser Runde noch einmal ganz klar sagen, dass diese Gebietsreform durch das Land beschlossen wurde. Es war ganz klar, dass es reiche und arme Gebietskörperschaften in Sachsen-Anhalt geben wird, wo schon vorher klar war, dass sich diese Konstellationen nicht durch Einnahmen selber tragen können. Wenn Verschuldungen da sind, kann man mit so wenig Steuer- und Wirtschaftskraft, das allein nicht leisten kann. Sie ist auch der Meinung, auch durch das KiFöG, dass die Verwaltung klar sagen soll, wie viel Mehrausgaben es dadurch gab. Es wurde ja gesagt, dass alles kostenneutral von Oben nach Unten runter getragen wird. Wir müssen jetzt nachweisen, dass es für uns als Kommune und für die Träger erheblich teurer geworden ist bzw. wird. Die Verwaltung muss sich jetzt die Arbeit machen und genauestens analysieren. Wir müssen dann entsprechende Forderungen an die Landtagsabgeordneten, an den Landtag aufmachen hier nachzubessern. Sie hat auch heute im Beisein des Landrates nochmals gesagt, dass er sich in seiner Funktion auch mal an die obere Aufsicht wenden muss. Wenn Gesetze gemacht werden, muss die Kostenausstattung des Landes entsprechend adäquat sein. Das passiert ja nicht so, die Zuwendungen werden geringer und die Aufgaben werden immer umfangreicher. Sie hat noch nicht erlebt, dass durch diese Gebietsreform der Verwaltungsaufwand, Kosten gesunken sind. Alle, die sich mit dem Problem befasst haben, wussten eigentlich, dass hier nichts eingespart werden kann, sondern dass es teurer wird. Wenn sie die Diskussion hört über eine Landtagsreform, eine Wahlkreisreform, dann fragt sie sich wirklich, wo steht die Verantwortung des Finanzministers, der anderen Minister uns gegenüber.

Zum Straßenlicht möchte sie noch sagen, dass sie es unerhört findet, dass die KA verlangt, dass wir im Verkehrsbereich Straßenlicht und Winterdienst reduzieren sollen. Das ist eine Pflichtaufgabe (Verkehrssicherungspflicht), da ist überhaupt nichts zu sparen, da ist die Aufgabe zu erfüllen. Sie hat noch nicht erlebt, dass in Magdeburg oder Berlin eine Lampe ausgestellt wurde. Bei uns wird jede 2. oder 3. über Nacht abgestellt, oder wir haben Abstände, die nicht DIN gerecht sind. Wir sparen u.a. im Brauchtum. Noch nicht einmal, dass was uns der Gebietsänderungsvertrag zugesprochen hat, haben wir genommen. Wir dürfen uns nicht alles gefallen lassen. Sie ist für eine gemeinsame Aktion, dass wir sagen, so Leute, wenn ihr das alles besser wisst, dann setzt euch jetzt dahin und macht es besser.

Herr Strube will sich wegen einer Sache am Tag auch nur einmal aufregen und das hat er heute Morgen schon getan. Es war ganz schlimm. Er konnte sich in seinen kühnsten Träumen nicht vorstellen, dass eine übergeordnete Institution so mit einer Kommune umgeht. Es war eine Katastrophe, er will bloß noch 2, 3 Beispiele sagen. Das KiFöG wurde bereits erwähnt. Es wurde gesagt, warum seit ihr schon 2013 in die Vollen gegangen, wo es doch erst 2014 notwendig war. Es wurde aber nicht erwähnt, dass das KiFöG genau in diesem Punkt sehr schlecht gemacht wurde. Er hat dann erwähnt, dass dieser Beschluss nicht nur durch die Stadträte allein gefasst wurde, sondern in einem wirklich guten, demokratischen Prozess, auf den er persönlich sehr stolz ist, gemeinsam mit den Elternkuratorien, das wurde gar nicht ernst genommen. Wir hätten diese Ausgaben nicht machen dürfen und so reihte sich eins ans andere. Es wurde gesagt, habt ihr euch schon mal das Kulturhaus angeguckt, das sieht ja katastrophal aus. Da hat er noch gesagt, haben sie eine Vorstel-

lung, warum es nicht besser aussehen kann. Mit anderen Worten heißt das, dass ist so „Scheiße“, darauf könnt ihr auch verzichten. Es ist unmöglich gewesen, wie hier Entscheidungsträger über uns stehen und regieren. Er hat dann zum Ausdruck gebracht, dass das so nicht hinnehmbar ist. Letzten Endes hat diese Veranstaltung für uns nur die Erkenntnis gebracht, dass es, wenn wir danach gehen, was man von uns verlangt, ein Lichtausmachen in der Altmark ist. Ein Beispiel, was die Katastrophe eigentlich sichtbar macht sind die Sportvereine. Hier wurde gesagt, diese können doch die Sportstätten übernehmen. Dann hieß es von uns, wie sollen die das bezahlen. Antwort, dann sollen sie 50 Cent pro Mitglied mehr nehmen. Da haben wir gesagt, da kommen bei Germania 150 € raus. Er hat keine Hilfe empfunden, sondern nur Daumenschrauben anziehen.

Frau Platte möchte noch ergänzen, dass sich noch keiner gefragt hat, auch die Presse nicht (es stand wohl mal drin, dass das Land in 20 Jahren 20 Milliarden Schulden gemacht hat), wer die Verantwortung dafür trägt..Da wird jetzt an Schulen, an Kultur, an den Kommunen gespart. Aber es wird nicht gefragt, wer die Verantwortung für die Schulden trägt, keiner zieht diese zur Verantwortung.

Herr Borstell stellt fest, dass bei all den Emotionen nur eine sachlich und nüchterne Analyse bleibt.. Ausgangspunkt ist das Ergebnis. Wir stehen bei einem Soll-Fehlbetrag von 4,9 Mie €. Wir haben ein HH-Ergebnis von 2013. Das müssen wir analysieren und darauf die nächsten Jahre ganz sachlich und nüchtern aufbauen. Eine andere Chance hat man nicht. Man darf sich von den Auswärtigen nicht so heiß machen lassen. Man muss jetzt in Ruhe sehen, wo stehen wir und dann kann man weiter sehen. Wir müssen einen Nenner finden und uns dann so „Durchwurschteln“. Er sieht das nicht so dramatisch.

Herr Strube und die anderen Mitglieder des Hauptausschusses finden das aber dramatisch.

Herr Borstell, man muss aber eine Lösung finden. Nur vom Reden wird es ja nichts.

Herr Graubner sagt, lieber Gerd Borstell, heute hast Du gefehlt. Die sachliche Ebene haben wir heute nicht erreicht, wir hatten gar keine Chance dazu. Es gab einen Vorschlag, den möchte er jetzt auch öffentlich sagen und zwar ging es um Veranstaltungen im Kulturhaus. Es wurde gefragt, ob wir keine Schule und einen Speisesaal haben, dort könnten die Veranstaltungen doch auch stattfinden. Auf diesem Niveau hat die gesamte Diskussion stattgefunden. Er hätte sich eine andere Ebene gewünscht. Man hätte sagen müssen, da stehen wir und da wollen wir hin. Es ist nicht einmal ein Wort der Anerkennung für die Verwaltungsspitze gekommen. Das kam dann von uns.

Frau Braun möchte jetzt wirklich in diesem Raum mal einen Antrag stellen und darum bitten, dass der Stadtrat einen Antrag an das Land stellt, dass wir 1/3 des Geldes, was sie für eine sinnlose Kampagne „Land der Frühaufsteher“ verbraten, bekommen. Da kommt keiner und sagt, dass ist Steuerverschwendung, wir wünschen diese Kampagne nicht. Wenn wir das Geld bekommen würden, hätten wir keine Sorgen mehr.

Herr Papenbroock war heute Vormittag auch dabei. Er sagt, einer sieht das so, der andere so. Er will jetzt ein Beispiel bringen. Vom Innenministerium wurden auch einige Sachen anerkannt. Es wurde aber auch angesprochen, dass wir einen Bauhof haben, der uns viel kostet. Wir müssen unsere Verantwortung darauf legen qualifizierte Sachen im Bauhof durchzuführen. Frau Platte hat schon lange über die Kindergärten gesprochen. In Grieben wurden immer Stunden angesammelt und dann nach Bedarf einsetzt bzw. abgesetzt. In Cobbel waren früher 4, maximal 5 Erzieherinnen, jetzt stehen da manchmal schon 7 Autos. Er bezweifelt, dass das wirklich immer notwendig ist. Seiner Meinung nach ist das eine Aufgabe, die einer Prüfung bedarf. Wenn es Einsparmöglichkeiten gibt, sind diese konsequent umzusetzen. Deshalb hat er heute Morgen in der Veranstaltung auch gesagt, es kann nicht angehen, dass innerhalb von 2 Jahren der Verantwortliche beim Brandschutz wechselt und der Nächste wieder ganz neue Forderungen aufstellt. Es ist keine Frage, dass der Brandschutz in den Kindereinrichtungen ordentlich sein muss, aber wie weit muss wirklich gegangen werden. Wir hatten mal eine Arbeitsgruppe HH, Dort hat man vorher über bestimmte Sachen

gesprächen, bevor sie in die Ausschüsse bzw. in den SR gingen. Diese Problematik, die hier jetzt ansteht, muss wirklich erst einmal in einem kleineren Rahmen diskutiert werden und darf erst dann publik gemacht werden. Wir wissen, dass wir überschuldet sind und brauchen Lösungswege.

zu 11 **Anfragen und Anregungen**

Herr Graubner möchte etwas zu einem Kurzinterview mit der Bürgermeisterin Frau Schäfer auf der Kreisseite der Volksstimme am Sonnabend sagen. Dort stand, dass Frau Schäfer nicht in den Ruhestand möchte. Frau Fürstenberg von der KA, die heute hier war, hat klargestellt, dass der SR nach längerer Abwesenheit sehr wohl das Recht hat diese Dinge zu entscheiden. Er möchte nicht das gesamte Interview wiedergeben. Nur, dass sie gesagt hat, dass sie nicht 2010 gewählt wurde, um vorzeitig in den Ruhestand zu gehen. Wenn sie wieder gesund ist, wird sie wieder ins Amt zurückkehren. Er möchte im Namen der Fraktion dazu Folgendes sagen. Als Fraktion hätte man sich ein Wort des Dankes, an diejenigen, die den Mehraufwand tragen, gewünscht (leitende Mitarbeiter, Stadträte). Deswegen nochmals von der Fraktion ein Dank an alle diejenigen, die versuchen die Misere zu lösen (Mitarbeiter der Verwaltung, Stadträte, Ortschaftsbürgermeister und -räte). Krankheit ist eine persönliche, schlimme Sache, er wünscht der Bürgermeisterin im Namen seiner Fraktion Gesundheit, aber auch die Einsicht, dass man wenn man Bürgermeisterin bis 2017 sein will, dann auch Verantwortung zeigen und wahrnehmen muss. Mit dem Artikel sehen wir Einsicht und Verantwortung nicht. An dem SR-Beschluss vom Dezember 2013 wird von Seiten der Fraktion nicht gerüttelt.

Frau Braun stellt fest, dass diese Problematik für den SR wirklich eine Zerreißprobe darstellt. Sie findet, dass man sich wirklich bemüht hat dieses Angebot fair zu unterbreiten und zu berücksichtigen, dass der Krankenstand so ist, dass man nicht in der Lage ist, diese verantwortungsvolle und umfangreiche Aufgabe leisten zu können. Eigentlich hatten wir damit bezweckt die Bürgermeisterin damit auch selbst zu schützen, damit sie sich Zeit nehmen kann und gesundet. Sie glaubt auch nicht, bei so einer langen Krankheit, die auch vom Amtsrat bestätigt wurde, dass es entsprechend dem Alter möglich ist, dass man diese verantwortungsvolle Aufgabe noch ausfüllen kann. Sie kann es einschätzen, weil sie selbst eine solche Aufgabe schon mal geleistet hat. Sie würde es sich heute gesundheitlich auch nicht mehr zutrauen, obwohl sie relativ gesund ist. Als Weiteres hat sie noch eine Anfrage. Sie möchte wissen, was die Verwaltung hinsichtlich Fördermittelprogramm unternommen hat. Soweit sie weiß, wird das Programm Stark III von der Landesregierung vorbereitet und es gibt eine Umfrage des Landkreises an die Gemeinden, dass diese eine Aufstellung erarbeiten sollen, welchen Finanzbedarf wir für Kindergärten und Schulen haben. Die Frist ist auch hier der 31.01.14. Das Schreiben ist Anfang Januar gekommen. Sie hat sich das von Frau Klapötke zumailen lassen und hat das dann auch an die Verwaltung weitergereicht. Im BA wurde ihr gesagt, es gibt kein Förderprogramm. Wenn wir diesen Termin verpassen und den Finanzbedarf nicht anmelden, dann verpassen wir den ersten Schritt für die Aufnahme in Stark III ab 2015 (nächste Förderperiode). Sie möchte wissen, was abgegeben wird.

Herr Gruber antwortet darauf, dass es im Moment kein Förderprogramm Stark III gibt. Es gibt eine Erhebung, das Schreiben hierzu ist in der Verwaltung am 13.01.14 eingegangen. Wir sind jetzt dabei diese Liste zu vervollständigen. Einige Eckdaten werden aus anderen Aufträgen übernommen (z.Bsp. auch aus der Kostenanbindung Schule Lüderitz). Er hatte vorhin angedeutet, dass er Dr. Richter von einer Studie abgezogen und ihn damit beauftragt hat.

Frau Braun möchte konkret wissen, was vorgesehen ist.

Herr Gruber sagt, dass auch für die Schule in Grieben ein Sanierungsumfang formuliert wird, ebenfalls für die Kindereinrichtungen in Grieben, Bellingen, Cobbel. Wir sind auch an bestimmte Grenzen (z.Bsp. Bellingen) gestoßen, so das wir gesagt haben, bestimmte Einrichtungen sind nicht mehr so umzubauen, wie es notwendig sei. Daher müsste man hier über einen Neubau nachdenken. Diese Liste wird bis zum 31.01.14 erstellt und eingereicht.

Frau Braun möchte dann über den Stand und die Liste im Stadtrat informiert werden. **Herr Gruber** antwortet ja, als Mitteilungsvorlage.

Frau Platte bittet höflich darum, dass das nicht wieder als Istzustand in der Presse steht. Es handelt sich um Überlegungen, Visionen und so sollte man es auch im Sinne der Sache betrachten.

Frau Lau gibt bekannt, dass sie am 12.03.2014 (nächster HA) im Urlaub ist. Einen 2. Stellvertreter gibt es nicht, es muss auch nicht das älteste Mitglied die Leitung des Ausschusses übernehmen. Herr Graubner stellt sich zur Verfügung. Die Vorbereitung übernimmt noch Frau Lau.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Frau Lau schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.00 Uhr.

zu 16 **Wiederherstellung der Öffentlichkeit**

Frau Lau stellt um 20.37 Uhr die Öffentlichkeit wieder her.

zu 17 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Lau gibt bekannt, dass in nicht öffentlicher Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

zu 18 Schließen der Sitzung

Frau Lau schließt die Sitzung um 20.38 Uhr.